

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, 13. April 2010

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: Herr Ipsen

Anwesend waren die stellv. Bürgermeister Ried und Riedl, die Stadträtinnen Anhalt, Gruber, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schmidberger, Schurer, Warg-Portenlänger und Will sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer (ab TOP 3), Gietl, Goldner, Heilbrunner, Lachner (ab TOP 3), Mühlfenzl, Schedo, Schechner, Schuder, Schulte-Langfort und Zwingler.

Entschuldigt fehlte Stadträtin Bachmeier.

Herr König, Herr Napieralla, Herr Weisheit und Herr Ipsen nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Sodann gratuliert er dem Stadtrat Heilbrunner nachträglich zum Geburtstag.

TOP 1

Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (BBS);

Anpassung an die aktuelle Gesetzeslage

FiVA 23.03.10

öffentlich

Herr König erläutert die aufgrund von Gesetzesänderungen und Rechtsprechungen notwendigen Anpassungen in der Mustersatzung, die nach folgenden Gesichtspunkten in die städtische Satzung eingearbeitet werden müssten:

§ 1 Antragsrecht	Klarstellung, wer antragsberechtigt ist (Unionsbürger; Aufenthaltsvermutung nach Melderecht)
§ 2 Unterschriftslisten	Jetzt <u>bis zu drei Personen</u>, auch Auswärtige
§ 3 Eintragungen	Eintragung in mehrere Bürgerbegehren, - auch miteinander unvereinbare - möglich
§ 4 Einreichung	bei der Gemeinde (früher: Bgm.) Rücknahme bis <u>Bekanntgabe Entscheidung BE</u> möglich
§ 5 Prüfung	Keine öffentl. Auslegung Verzeichnis für <u>Bürgerbegehren</u>, (schon für BE); Auskunft an Vertreter über Prüfungsstand

§ 7(alt) Sperrwirkung	Entfällt - in Art. 18a Abs. 9 GO geregelt (jetzt ab Feststellung der Zulässigkeit)
§ 7(neu) Zulässigkeit	Frist 1 Monat Erläuterungsmöglichkeit der BB-Vertreter im Stadtrat Abtrennung unzulässiger Teile, wenn unwesentlich (strittig: VGH 2008)
§ 8 Ratsbegehren	Entscheidung durch <u>einfache</u> Mehrheit Stichfrage nötig (Art. 18a Abs. 12 GO) Verfahrensbeschreibung evtl. belassen.
§ 9 Beanstandung	Regelung wie Art. 59 GO
§ 12 Abstimmungsvorstände	Mindestens 2 Beisitzer auch Stadtbedienstete
§ 15 Abstimmungstag	Fristverlängerung um bis zu 3 Monate einvernehmlich mit Vertretern BB (Art. 18a Abs. 10 GO)
§ 21 Unterrichtung der Stimmberechtigten	Bei konkurrierendem Ratsbegehren Begründung an Bürger
§ 22 Stimmzettel	Gestaltung ist Sache des Stadtrats
§ 24 Briefabstimmung	Keine Zurückweisung bei fehlerhaftem Porto

Ferner sind redaktionelle Änderungen einzuarbeiten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig mit 22:0 Stimmen die vom Finanz- und Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 23.03.2010 einstimmig empfohlene Anpassung der Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wie oben dargestellt und diese neu zu erlassen.

Stadträtin Platzer und Stadtrat Mühlfenzl regen an, gerade rechtliche Änderungen vor einer Sitzung als Vorlage zu erhalten. Bürgermeister Brilmayer weist darauf hin, dass die Aufstellung der Satzungsanpassungen im Protokoll des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 23.03.2010 enthalten ist.

TOP 2

Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 samt Anlage FiVA 23.03.10

öffentlich

Nach kurzer Einleitung zur Haushaltsplanaufstellung 2010 durch Bürgermeister Brilmayer führt Stadtkämmerer Napieralla folgendes aus:

Der vorliegende Haushaltsplan 2010 wurde mit der Ladung am 01.04.2010 allen Mitgliedern des Stadtrates zugesandt.

Er beinhaltet: Satzung, Vorbericht, Kurzerläuterungen und Gesamtpläne. Als Anlagen waren beigefügt: Stellenplan, Schulden- und Rücklagenübersicht, Übersicht der dauernden Leistungsfähigkeit, Diagramme, Haushaltsquerschnitt, Finanzpläne, Gruppierungsübersichten, Investitionsplanung und ein Deckungsvermerk.

Der Haushaltsentwurf wurde am 23.03.2010 im Finanz- und Verwaltungsausschuss ausführlich beraten und dem Stadtrat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Diese Empfehlung ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende wieder einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen.

Die nicht im Haushalt enthaltenen Mittelanforderungen, sind auf Seite 9 und 10 im Vorbericht als Positionsliste zusammengefasst.

In der Haushaltsberatung am 23.03.2010 hatte sich das FiVA-Gremium dennoch weiter mit der Frage zu beschäftigen, wie die damals immer noch vorliegende Differenzsumme von € 625.700 geschlossen werden soll.

Einvernehmlich einigte sich der Ausschuss auf die auf Seite 12 des Vorberichtes dargestellten Ansatzveränderungen im Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt.

Der Haushalt 2010 schließt nunmehr im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 21.510.400 und im Vermögenshaushalt mit jeweils € 9.184.200. Dies entspricht einer Gesamtsumme von € 30.694.600 und ist somit um über 3 Mio. Euro (3.033.700) niedriger als der so genannte Rekordhaushalt von 2009.

Für Wasser- und Kanalinvestitionen sind heuer keine rentierlichen Kreditaufnahmen geplant. Jedoch soll in diesem Bereich eine Kreditaufnahme in Höhe von € 220.000 aus dem Jahre 2009 nachgeholt werden. In 2009 wurde in dieser Höhe statt für den Wasser/Kanalbereich eine Kreditaufnahme für die Investition zweier Photovoltaikanlagen getätigt.

Weiter ist eine rentierliche Kreditaufnahme für den Beginn der Errichtung des neuen Wertstoffhofes in Hörmannsdorf in Höhe von € 150.000, sowie eine unrentierliche Kreditaufnahme bei der KfW in Höhe von € 60.000 für die Solar-Warmwasseraufbereitungsanlage im WSP geplant. Somit liegt eine Gesamtkreditaufnahme von € 430.000 vor.

Einschließlich der geplanten Kredittilgungen würde sich demnach der Gesamtschuldenstand von ca. € 10,658 Mio. auf 10,490 Mio. reduzieren mit der Ausnahme von € 60.000 - nur rentierliche Schulden:

im Wasser-Kanal- Gebührenbereich,
Bauland für Einheimische und
Investition für eine Photovoltaikanlage.

Der Rücklagenstand würde sich nach dem vorliegenden Haushalt von € 6.525 Mio. auf € 2,565 Mio. verringern. Hierbei ist aber auf zwei Punkte hinzuweisen:

Die RL-Entnahmeposition von € 1.000.000 für mögliche Gewerbesteuererrückerstattungen bzw. entsprechende Einnahmeanpassungen war genau dafür vorgesehen.

Es ist eine weitere RL-Entnahme von € 1.000.000 für die Bezahlung der Kreisumlage von € 5.575.000 (2009 € 5,686 Mio.) veranschlagt.

Wie in den vergangenen Jahren, wurden auch in diesem Jahr dem Grunde nach alle Mittelanforderungen eingestellt. Das bedeutete für den Haushaltsplaner, dass zu den einzelnen Investitionsmaßnahmen auch Rücklagenentnahmen, soweit welche vorhanden waren, veranschlagt wurden. Kapazitäts- bzw. abrechnungsmäßig konnten aber die Vorhaben in der Vergangenheit nicht immer erbracht werden, so dass am Ende des Haushaltsjahres der Rücklagenendstand dann doch ein anderer war, als wie ursprünglich geplant.

Zu den größeren Einnahme- bzw. Ausgabepositionen im Verwaltungshaushalt:

Die Einnahmen aus Grundsteuer A und B, Einkommensteuerbeteiligung, Gewerbesteuererinnahme, Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage werden erläutert.

Nach § 22 Abs. 1 KommHV muss die gesetzliche Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt mindestens so hoch wie alle im Vermögenshaushalt pflichtgemäß zu erbringenden Darlehenstilgungsleistungen sein. Diese zu erbringenden Tilgungsleistungen betragen 2010 € 597.537. Dieser Pflichtzuführungsbetrag wird in der Haushaltsstelle 910.860 in Höhe von € 805.700 erbracht. Dies bedeutet eine so genannte „freie Spitze“ von € 208.163.

Damit jedoch der Verwaltungshaushalt 2010 ausgeglichen werden konnte, ist -wie vorher schon erwähnt- eine Zuführung in Höhe von € 2.000.000 vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt vorgesehen. Dieser Zuführungsbetrag „in die falsche Richtung“ ist heuer gerechtfertigt und verständlich, nachdem für die schon vorher bekannt hohe Kreisumlage 2010 bereits in den vergangenen Haushaltsjahren eine „Sonderrücklage“ i. H. v. € 1.000.000 angesammelt wurde.

Der gleiche Sachverhalt liegt für die dieses Jahr zu erwartenden Gewerbesteuerrückerstattungen vor. Hier wurde in der Vergangenheit ebenfalls eine Sonderrücklage i. H. v. € 1.000.000 gebildet.

Mit dieser Vorgehensweise konnte Dank der Beschlüsse des Stadtrates bei den letztjährigen Haushaltsplanaufstellungen auch heuer ein Haushaltsausgleich hergestellt werden.

Damit sind der Mindestzuführungsbetrag und somit auch die dauernde Leistungsfähigkeit erreicht.

Weiter werden besondere Ausgabeinvestitionen im Vermögenshaushalt nochmals benannt (siehe Seite 43 im Vorbericht des Haushalts).

Diese vorgetragenen Investitionsausgaben können nach der vorliegenden Haushaltsplanung nicht aus der Erwirtschaftung einer „freien Spitze“ im Verwaltungshaushalt bestritten werden. Vielmehr werden diese Investitionen insbesondere durch:

- Rücklagenentnahmen (diese wurden auch für diese Zwecke angespart),
- staatlichen Zuweisungen,
- Grundstücksverkäufen,
- Beiträgen,
- Kreditaufnahmen und Sonstigem

gedeckt.

Darüber hinaus ist sogar -wie bereits erwähnt- ein „2 Mio-Griff“ in die Rücklage nötig, um die dauernde Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.

Insofern ist es richtig zu sagen, dass genau für diese Situation die Mittel auch bereitgelegt worden sind. Dauerhaft aber wird dies nicht möglich sein!

Abschließend wurden noch 3 Folien (**Anlage 1, 2 und 3**) erläutert und Hinweise zur Einkommensteuerbeteiligung gegeben. Damit wurden Fragen aus der FiVA Sitzung am 23.03.2010 beantwortet.

Herr Napieralla bittet -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2010, sowie den Haushaltsplan 2010 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen zu beschließen. Der Beschluss sollte -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden sein, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2010 der Rücklage zuzuführen.

Für die Stadtratsfraktion sprachen Stadträtin Dr. Luther für die CSU, Stadträtin Rauscher für die SPD, Stadtrat Gietl für die FW und Stadträtin Will für die GRÜNEN.

Stadtrat Schechner weist darauf hin, dass er aufgrund der Einsparbemühungen beim Stadtsaal in diesem Jahr nicht gegen die Haushaltsposition stimmen wird.

Nach einigen Wortbeiträgen von Mitgliedern des Stadtrates nahm Herr Napieralla Stellung zu den Haushaltsstellen über die Verbrauchskosten.

Herr Brilmayer führte zu den Themen Südufer des Klostersees, innerstädtische Buslinie, Hallenbad, Folgekosten von Investitionen, Volksfesthalle, Verkehrskonzept, Einnahmenveränderung in der Einkommensteuer, Klimawandel und Wertstoffhof aus.

Stadträtin Warg-Portenlänger beantragt, die Mittel in der Haushaltsstelle 571.950 von jetzt 7.000 € auf die Summe von 18.000 € für den Bau von Holzstegen am südlichen Ufer des Klostersees zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 9 Stimmen dagegen: 15 Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nach einer abschließenden Diskussion beschloss der Stadtrat einstimmig mit 24 : 0 Stimmen -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2010, sowie den Haushaltsplan 2010 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen.

Der Beschluss ist -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2010 der Rücklage zuzuführen.

Zusätzlich ist der Beschluss -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Ermächtigung der Verwaltung verbunden, die im Haushaltsplan vorgesehenen Kreditaufnahmen eigenständig durchzuführen, ohne dass hierzu nochmals ein Gremiumsbeschluss erforderlich wäre.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3

Innerstädtisches Verkehrskonzept

StR 24.11.09 und TA 16.03.10

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer trägt die Historie zum heute vorliegenden Konzept wie folgt vor:

Verkehrskonzept Ablauf

14.12.07	Besprechung in München, Regierung v. Obb. <ul style="list-style-type: none">- mit Herren Sievers und Dollinger,- Herren Wösthoff, Rumpff, Lademacher (Dorsch)- Frau Zagar und Herr Bäumler (Büro Plankreis)- Bgm. Brilmayer + Weisheit
21.12.07	Besprechung mit Herren Wösthoff, Rumpff, Bgm. und Weisheit Themen: - weiterer Ablauf, wie Besprechung Plankreis und Behörden - Bekanntmachung und Ablauf der Auftaktveranstaltung
08.01.2008	Erteilung des Planungsauftrages
29.01.2008	- Abstimmungsgespräch mit Stadtplanern (Zagar, Bäumler) und Dorsch (Rumpff) sowie anschließende Ortsbegehung - Besprechung Innstadtprojekt Prebag (Herren Preussler, Otter)
30.01.2008	Abstimmungsgespräch mit den Behörden

	<ul style="list-style-type: none"> - SBA (Herren Dirnhofer, Frischeisen, Zantner) - LRA (Herr Ziegler) - PI (Herr Fürholzner) - Dorsch Herr Rumpff - Stadt Bgm. + Weisheit
05.03.08	<ul style="list-style-type: none"> - Besprechung Untersuchung Prebag (Kreisel scheidet aus, Ampellösung wird untersucht) - Auftaktveranstaltung um 19 Uhr
17.06.08	Besprechung Bgm. Brilmayer, Herr Rumpff, Weisheit
10.07.2008	Verkehrsbefragung durch Dorsch
08.10.08	<p>Besprechung mit Bgm. Brilmayer, Herr Rumpff, Plankreis (Zagar + Bäuml-ler), Deierling, Bumann, Weisheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorstellung Ergebnisse Bestandsaufnahme - Vorstellung und Diskussion der ersten Varianten
26.11.2008	Veröffentlichung Zwischenbericht in der Presse
17.12.08	<p>Besprechung mit Bgm. Brilmayer, Herr Rumpff, Plankreis (Zagar + Bäuml-ler), Bumann, Weisheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - Präsentation und Diskussion von 5 Verkehrsführungsvarianten
27.01.2009	Vorstellung der Nord-Süd-Varianten durch das Staatliche Bauamt in der Sieghartsburg
11.02.2009	<p>Besprechung mit Herrn Rumpff, Bgm. Brilmayer + Weisheit im Rathaus</p> <ul style="list-style-type: none"> - Diskussion der Varianten unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrsprognose - Es wurde vereinbart, die Varianten mit den Prognosedaten für 2010 anstatt 2025 darzustellen.
02.04.2009	<p>Besprechung im Rathaus mit Rumpff, Straßenbauamt (Olk, Frischeisen, Zantner), Ziegler, Plankreis (Zagar, Bäuml-ler), Dr. Stegen, Anders, Bgm. Brilmayer, Fr. Fischer, Bumann, Weisheit</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf Staatsstraßen keine 20-Zonen möglich, sondern Vorfahrtsstraße mit 50 km/h - Heinrich-Vogl-Str. als Straße für überörtlichen Verkehr denkbar, da es sich ja um die eigentliche Bundesstraße handelt (d.h. auch Lkw-Gegenverkehr)
23.04.2009	TA-Sitzung
26.09.2009	ISEK Beteiligung der Öffentlichkeit
10.10.2009	<p>ISEK Klausurtagung im Seniorenstübl</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorstellung und Bewertung der einzelnen Varianten - zwei Vorschläge wurden favorisiert und aus ihnen ein Stufenmodell entwickelt
24.11.2009	Stadtratssitzung: Es wurden die in der Klausurtagung favorisierten Varianten als Stufenmodell vorgestellt und diskutiert.
14.01.2010	Antrag der CSU-Stadtratsfraktion: Aufbauend auf Stufe 1 wurden weitere Vorschläge eingebracht.
05.02.2010	Workshop im Trauungszimmer mit Herren Rumpff, Gronle, Salm, Stegen: Es wurde zu den in der StR-Sitzung vom 24.11.09 aufgeworfenen Fragen Stellung genommen und die Vorschläge aus dem CSU-Antrag diskutiert.
10.03.2010	Besprechung mit Herren Ruckdäschl, Zantner und Ziegler
16.03.2010	TA Beratung und Entscheidung Verkehrskonzept

Das dem Stadtrat vom Technischen Ausschuss empfohlene innerstädtische Verkehrskonzept trägt Bürgermeister Brilmayer anhand von Planskizzen vor. Zunächst wird die äußere Verkehrsführung erläutert, im Anschluss daran die innere.

Im Wesentlichen ist vorgesehen, den Verkehr nach Norden weiterhin über die Bahnhofstraße und Eberhardstraße zu führen. Die Bahnhofstraße soll allerdings für Pkw-Verkehr in Nord-Südrichtung freigegeben werden. Der Verkehr vom Norden wird über die Heinrich-Vogl-

Straße, Eichthalstraße und Dr.-Wintrich-Straße zum östlichen Ortsausgang geführt. Es ist vorgesehen die Heinrich-Vogl-Straße und die Eichthalstraße für Pkw in der Gegenrichtung freizugeben.

Die Sperrung der Wohngebiete für den Durchgangsverkehr wurde vom Landratsamt (LRA) und Straßenbauamt (SBA) positiv aufgenommen. Die angedachte Verkehrsregelung in der Eichthalstraße wurde hingegen sehr kritisch betrachtet. Der Knotenpunkt Eichthalstraße / Heinrich-Vogl-Straße müsste umgebaut werden, wenn man den Pkw's das Einfahren in die Heinrich-Vogl-Straße ermöglichen will. Beim jetzigen Straßenverlauf befürchten die Vertreter von LRA und SBA, dass der Verkehr von Norden bei Gegenverkehr nicht in die Eichthalstraße einfahren kann, was zu Rückstauungen in der Heinrich-Vogl-Straße führen kann. Aber auch am Knotenpunkt Eichthalstraße / Dr.Wintrich-Straße seien aufgrund der Schleppkurven von Lkw's Umbaumaßnahmen erforderlich. Die Eichthalstraße sollte, solange die beiden Knotenpunkte nicht den Verkehrserfordernissen entsprechen, umgebaut werden und als Einbahnstraße in Nord-Süd-Richtung ausgewiesen werden.

An der Amtsgerichtskreuzung sollten entsprechend der Führung des Durchgangsverkehrs die Dr.-Wintrich-Straße und die Wasserburger Straße als Hauptstraße ausgewiesen werden. Grundsätzlich spräche nichts dagegen die Dr.-Wintrich-Straße auch in Ost-West-Richtung für Lkw freizugeben. Sollte der Lkw-Verkehr am Kroneberg zu Problemen führen, könne man jederzeit entsprechende verkehrsrechtliche Maßnahmen treffen.

Die Rosenheimer Straße soll künftig nur für Anliegerverkehr freigegeben werden. Dies wurde von den Vertretern des SBA und LRA positiv aufgenommen, da es ja auch dem Vorschlag aus dem Planfeststellungsbeschluss zur B 304-Umgehungsstraße umgesetzt. Die Gehsteige in der Bahnunterführung könne man verbreitern, so dass eine Engstelle geschaffen wird. Der Begegnungsverkehr müsse dann aber so geregelt werden, dass dem Verkehr von Norden der Vorrang vor dem Gegenverkehr eingeräumt wird.

Bezüglich der Bahnhofstraße konnte Bürgermeister Brilmayer berichten, dass trotz Öffnung der Gegenrichtung für Pkw weiterhin am Fahrbahnrand geparkt werden dürfe. Die östliche Fahrspur, auf der auch die Lkw fahren, soll etwas breiter markiert werden.

Eine Zufahrtmöglichkeit von der Eberhard- und Heinrich-Vogl-Straße am Rathauseck vorbei zum Marienplatz wird vom LRA und SBA abgelehnt. Die vom Marienplatz kommenden Lkw mit Fahrtziel A 94 können bei Gegenverkehr nicht mehr weit genug ausholen und blockieren somit den Verkehr in der Eberhardstraße. Ein weiterer Grund gegen eine westliche Zufahrtmöglichkeit zum Marienplatz sind die schlechten Sichtverhältnisse. Insbesondere der künftig die Heinrich-Vogl-Straße herunterkommende Verkehr kann erst sehr spät in den Marienplatz einblicken.

Bürgermeister Brilmayer erwähnte, dass die künftige Verkehrsführung nach dem vorgestellten Konzept eine deutliche Verbesserung für Fußgänger darstellt. So müssen die Schulkinder derzeit auf dem Weg vom Bahnhof zur Hauptschule zweimal Straßen mit überörtlichem Verkehr queren. Nach dem vorgestellten Konzept tangiert der Schulweg gerade mal auf der kurzen Strecke zwischen Bahnhof und Eichthalstraße den überörtlichen Verkehr. Der weitere Verlauf sowohl zur Grund- und Haupt- als auch zur Realschule bleibt vom Durchgangsverkehr verschont.

Hinsichtlich der Anfahrbarkeit des Marienplatzes bestünde noch die Möglichkeit der Zufahrt über die Valtortagasse, wenn man unbedingt eine Zufahrt vom Westen ermöglichen wollte.

Des Weiteren hob Bürgermeister Brilmayer hervor, dass das vorgestellte Konzept ohne große und kostspielige Umbaumaßnahmen umzusetzen sei.

Anschließend wurde über einige Regelungen diskutiert, insbesondere über die geplante Freigabe der Bahnhofstraße für Pkw in der Gegenrichtung, die Sperrung der Wohngebiete für Durchgangsverkehr, die Wirksamkeit der Beschilderungen (Durchfahrt verboten, Anlieger frei). Zur besseren Erreichbarkeit des Stadtteiles Friedenseiche und gleichzeitiger Entlastung des Bereiches um die Klinik wird empfohlen, im Bereich der Einkaufsmärkte die bereits vorhandene Stichstraße weiter in das Wohngebiet zu führen.

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme mit 23:1, dass die Rosenheimer Straße nach der Übertragung auf die Stadt Ebersberg für den Durchgangsverkehr – ausgenommen Busse- gesperrt wird.

Der Stadtrat beschließt einstimmig mit 24:0 Stimmen, die vom Technischen Ausschuss in seiner Sitzung am 16.03.2010 einstimmig empfohlene Zufahrtsmöglichkeit zum Marienplatz von der Westseite versuchsweise für sechs Monate zu fordern.

Für den Fall, dass die Zufahrtsmöglichkeit zum Marienplatz abgelehnt werden sollte, beschließt der Stadtrat, dass die Heinrich-Vogl-Straße zwischen Rathaus und der Gärtnerei Einbahnstraße bleibt.

**Abstimmungsergebnis: dafür: 6 Stimmen
dagegen: 18 Stimmen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat beschließt, dass die Bahnhofstraße nicht für den Pkw-Verkehr in der Gegenrichtung freigegeben wird.

**Abstimmungsergebnis: dafür: 7 Stimmen
dagegen: 17 Stimmen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig mit 24:0 Stimmen das vom Technischen Ausschuss in seiner Sitzung am 16.03.2010 einstimmig empfohlene Verkehrskonzept in seiner Gesamtheit.

TOP 4

Verschiedenes

öffentlich

- a) Bürgermeister Brilmayer verliest das Schreiben der Kreisklinik Ebersberg vom 09. April 2010, mit dem die Klinik auf Ihr Angebot aufmerksam macht und für den Besuch von Informationsveranstaltungen und Klinikführungen wirbt.
- b) Bürgermeister Brilmayer gratuliert Stadtrat Heilbrunner zu seinem 70-ten Geburtstag dankt ihm für seinen ehrenamtlichen Einsatz und überreicht ihm ein Geschenk der Stadt Ebersberg.

TOP 5

Wünsche und Anfragen

öffentlich

- a) Auf Anfrage von Stadträtin Platzer nimmt Bürgermeister Brilmayer Stellung zu einer privaten Abholzung in der Innenstadt.
- b) Auf die Anfrage von Stadträtin Anhalt antwortet Bürgermeister Brilmayer, dass der Zeitpunkt der Aufnahmen für Google-Earth nicht bekannt ist.
- c) Auf Anfrage von Stadträtin Anhalt erläutert Bürgermeister Brilmayer kurz die Zulassungskriterien zum Bauland für Einheimische.
- d) Auf Nachfrage von Stadträtin Anhalt führt Bürgermeister Brilmayer aus, warum die Straßenbeleuchtung nach Aßlkofen bislang nicht thematisiert worden ist, bringt das Thema aber gern in den Technischen Ausschuss ein.
- e) Dritter Bürgermeister Riedl berichtet über den Baufortschritt an der Volksfesthalle und lädt für den 14.04. zur Ortsbesichtigung ein.
- f) Stadtrat Schedo weist auf die Suchtpräventionsveranstaltung am 25.04. von 10.00 bis 14.30 Uhr in der Hauptschule hin.

- g) Stellvertretender Bürgermeister Ried wundert sich, dass das Landratsamt die private Abholzung in der Innenstadt erst nach Fertigstellung bemerkt haben will, fand sie doch vor der Ostseite des Landratsamtes statt.
- h) Stellvertretender Bürgermeister Ried kritisiert die Leserbriefe der GRÜNEN zur Ortsumgehung.
- i) Stadträtin Will weist darauf hin, dass die private Fällaktion in der Innenstadt für viel Aufregung gesorgt hat, erst recht vor dem Hintergrund, dass Baumschnitte nur bis Mitte März stattfinden dürfen.
- j) Stadträtin Will kündigt an, dass die Umweltstation in diesem Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum feiert und bittet um rege Teilnahme an den Informationsveranstaltungen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.55 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Ipsen
Schriftführer